

Verwaltungsmodernisierungsgesetz von CDU und SPD auf Eis gelegt

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die große Koalition heute im Finanzausschuss eingeräumt, dass der Entwurf eines ersten Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung (DS 16/1006) nicht weiter behandelt werde. Darauf hätten sich die Ausschussvorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses und des Finanzausschusses geeinigt.

Dazu erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Bei der Einbringung des Gesetzes war die Landesregierung noch ganz euphorisch. Finanzminister Wiegard dazu im Landtag: *„Meine Damen und Herren, es ist der erste Aufschlag, der ‘first service’. Es ist ein Anfang, ein erster kleiner Schritt, um Verwaltung schlanker, bürgerfreundlicher und – davon gehen wir aus – wirtschaftlicher zu machen. [...] Wir setzen mit diesem Gesetz nach der Aufgabenanalyse und Bewertung die Verwaltungsmodernisierung in erste sichtbare praktische und entlastende Schritte um.“*

Nun ist die große Koalition wieder einmal im Alltagsstreit stecken geblieben – das Gesetz wurde auf Eis gelegt und wird wohl am Ende der Legislaturperiode klammheimlich beerdigt.

Wieder einmal zeigt sich, dass die groß verkündete Verwaltungsmodernisierung nicht mehr als eine Luftblase ist. Sparbemühungen der Landesregierung erschöpfen sich darin, den Kommunen tief in die Tasche zu greifen. Das ist ja auch einfacher, als selbst Einsparvorschläge in der Landesverwaltung zu erarbeiten. Einen eigenen Staatssekretär hätte das Land dazu aber nicht gebraucht!
